

Warnung vor dem Versorgungsstaat

Adolph Kolping, Ludwig Windthorst und die
Aktualität des katholischen Engagements für die soziale Frage

HERMANN KUES

Geboren 1949 in Holthausen (Emsland),
Parlamentarischer Staatssekretär bei der
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend, Mitglied im Zentral-
komitee der deutschen Katholiken (ZdK),
Vorsitzender der Ludwig-Windthorst-
Stiftung.

Karitatives Engagement ist von Beginn an
ein wesentlicher Bestandteil des Christen-
tums. Ohne Diakonie, ohne kirchliche
Hospize, ohne Pflegeeinrichtungen und
Krankenhäuser ist das christlich geprägte
Europa überhaupt nicht denkbar. Anders
verhält es sich mit dem gesellschaftlichen,
insbesondere dem politischen Engagement

von Laien. Es war keineswegs immer schon selbstverständlich, sondern ist
eine schwer erkämpfte Errungenschaft des 19. Jahrhunderts und verdankt sich,
wie so viele bahnbrechende Entwicklungen, einzelnen Persönlichkeiten, die
ihrer Zeit voraus waren.

Zu ihnen zählt Adolph Kolping, dessen 200. Geburtstag am 8. Dezem-
ber 2013 gefeiert wird. Er erkannte die Bedeutung der Gesellenvereine als
eine hochwirksame praktisch-pastorale Antwort auf die Not des Industrieprole-
tariats. Sie verbreiteten sich noch während seines kurzen Lebens über halb
Europa. Heute sind sie weltweit, vor allem in den sogenannten Schwellenlän-

dern, zu finden. Kolping machte deutlich, dass gesellschaftlich-soziale Fragen nicht an den Rand des Religiösen gehören, sondern in dessen Mitte. Er stand nicht allein. Eine andere Denkrichtung christlich-sozialen Engagements prägte der fast gleichaltrige Ludwig Windthorst. Der Zentrumsolitiker, am 17. Januar 1812 geboren, hat in der deutschen politischen Geschichte seinen festen Platz als Gegenspieler Bismarcks im Kulturkampf und als „genialer Parlamentarier“ (Golo Mann). Beide haben Grundideen entwickelt, die christlichen Politikerinnen und Politikern immer noch Orientierung geben.

SCHÄFERSOHN UND JURIST IM REICHSTAG

Zwei Persönlichkeiten, wie sie kaum unterschiedlicher sein können: Kolping wächst als Sohn eines Schäfers in ärmlichen Verhältnissen auf. Als Schuster auf Wanderschaft erlebt er am eigenen Leibe die Entwertung des Handwerks, des eigentlichen Verlierers der Industriellen Revolution. Trotz seiner Begabung hat er vorerst keine Chance auf eine höhere Bildung. Erst als 24-Jähriger macht er das Abitur, mit 28 Jahren beginnt er das Theologiestudium. Nach der Priesterweihe 1841 findet er als Kaplan in Elberfeld seine eigentliche Berufung. Elberfeld im 19. Jahrhundert – das ist der Prototyp einer benachteiligten Stadt. An diesem verwahrlosten Ort der Arbeiterschaft lernt er die Selbsthilfe-Idee der Gesellenvereine kennen. Kolping selbst hat ein optimistisches Menschenbild. Er glaubt, jeder Mensch könne durch eine stabile Gemeinschaft und gute Bildung auf der Grundlage christlicher Wertvorstellungen zu einer gefestigten Persönlichkeit werden, die vor den Lastern der Zeit, insbesondere vor dem Alkoholismus, geschützt sei.

Ganz anders Windthorst: Nach einem glänzenden Abitur ist er im Alter von dreißig Jahren Rechtsanwalt, mit 37 Jahren Mitglied des hannoverschen Landtages, mit vierzig Jahren Justizminister. Als glänzender Rhetoriker und detailversessener Stegreif-Redner weiß er sich im Reichstag Respekt zu verschaffen. Ihm ist ein guter Teil unserer parlamentarischen Kultur zu verdanken – und das nicht nur, weil er sich im Kulturkampf immer wieder denkwürdige Rededuelle mit Bismarck liefert, sondern weil er unverdrossen an die Kraft des guten Arguments glaubt.

RECHT FÜR ALLE UND KIRCHE ALS KORREKTIV

Beiden steht der aufgeklärte, liberale Staat des 19. Jahrhunderts gegenüber. Dieser fühlt sich in jener Zeit „übermächtig“. Seine Vertreter glauben, nach der Emanzipation von religiösen Autoritäten (insbesondere vom Papsttum), der Trennung von Staat und Kirche und der Verbannung des Religiösen ins

Private jegliches Recht in voller Autonomie selbst setzen zu dürfen. Kolping und Windthorst halten dagegen. Beide verbindet die Überzeugung, der Staat habe in erster Linie das Recht zu schützen. Die rechte Weltordnung ruht aus Sicht der beiden Christen aber auf religiösen Grundpfeilern: Ohne das „religiöse Gewissen“, so Kolping, gehe den Menschen der „Maßstab des irdischen Rechts verloren“. Es gibt ein allgemeines Menschenrecht, das sich aus der gottgegebenen und deshalb nicht antastbaren Würde des Menschen ableitet. Windthorst bringt dieses Plädoyer auf eine eingängige Formel: „Ich will eben das Recht für alle.“

Wenn der Staat aber auf religiös geprägten Grundlagen beruht, dann ist Religion keine reine Privatsache: Dann gehören die Kirchen in den öffentlichen Raum. Sie haben im gesellschaftlichen und politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess eine zentrale Funktion. Diese liegt, so Papst Benedikt XVI., darin, aus dem Glauben heraus Orientierungen zu geben, die es überhaupt erst ermöglichen, eine menschenwürdige Rechts- und Sozialordnung zu entwerfen. Die Kirche sei ein unverzichtbares Korrektiv zur „Reinigung des Gewissens“. Mit anderen Worten: Wer sich als Christ auf die Welt einlässt, kennt zwei Instanzen, die möglicherweise alltäglicher Routine entgegenstehen: die zentralen christlichen Wertvorstellungen und das eigene Gewissen.

Diese Einsicht birgt Sprengstoff, schafft sie doch einerseits Unabhängigkeit der Laien von kirchlichen Autoritäten. Sie bürdet den Christinnen und Christen andererseits jedoch eine Verbindlichkeit gegenüber dem eigenen Gewissen auf. Es hat lange gedauert, bis die offizielle Kirche dies als „Apostolat des Laien“ anerkannt hat. Gerade Ludwig Windthorst hat diese Unabhängigkeit wie selbstverständlich schon früh für sich in Anspruch genommen. Bei Kolping war es weniger die Unabhängigkeit als die Hingabe zum gesellschaftlichen Engagement, die ihn prägte.

VORRANG KLEINER LEBENSKREISE

Im Allgemeinen werden Solidarität und Subsidiarität als die beiden Grundpfeiler der Katholischen Soziallehre bezeichnet. Sie stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander. Die Gesellschaft muss die Balance zwischen Eigenverantwortung und gegenseitiger Unterstützung immer wieder neu austarieren.

Dass dem einzelnen Menschen und der – in der Katholischen Soziallehre viel zitierten – „kleinen Gemeinschaft“ der Vorrang gebührt, ist ein Fixpunkt in Kolpings und Windthorsts Denken. Deshalb kämpft Windthorst zwar für die Arbeiterschutzgesetze, lehnt aber die staatliche Alters- und Invalidenversicherung ab. Sie verletze die Subsidiarität, der Staat mache sich „zum allgemeinen Brotherrn“ und werde auch auf anderen Gebieten alles mehr und

mehr an sich reißen, sagt er in der Reichstagsdebatte vom 20. Mai 1889. Da ist sie wieder, die Angst vor der Allmacht des Staates.

Ganz ähnlich Kolping. Staatlicher Sozialpolitik traut er wenig, der Familie beinahe alles zu. Für ihn war die „beste Staatsmaschine“ wertlos, „solange nicht das Familienleben der übrigen Gesellschaft Würde und Halt gibt“. Die rund 60.000 Mitglieder in den über 400 familiär organisierten Gesellenvereinen, die es bereits am Ende seines Lebens gab, würden ihm Recht geben.

Dieser Ansatz ist aus heutiger Sicht nicht minder richtig. Gleichwohl mag die einseitige Fokussierung auf die Familienstrukturen allzu optimistisch klingen. Wir haben heute ein stärkeres Gespür dafür, dass die viel zitierte „kleinere Gemeinschaft“ auch überfordert werden kann und dass der Staat dort aktiv eingreifen muss, wo Familien an ihre Grenzen stoßen. Im Sinne Kolphings allein an eine „tüchtige Gesinnung“ zu appellieren, reicht da nicht mehr aus. Familienpolitik ist deshalb zu Recht ins Zentrum der gesellschaftspolitischen Debatte gerückt. Dabei sollte allerdings die Mahnung der Katholischen Soziallehre vor dem „Versorgungsstaat“ nicht vergessen werden. Mit anderen Worten: Wenn wir über frühkindliche Bildung oder über Betreuungsgeld, über Elternzeit oder familiengerechte Rente reden, geht es immer um die letztlich subsidiäre Unterstützung der Familie und nie darum, Eltern aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Denn eine funktionierende Familie ist durch nichts zu ersetzen. Kolphings Einwände sind in diesem Punkt immer noch zutreffend. Eltern bleiben die wichtigsten Bezugspersonen ihrer Kinder. Aber: Ihre Aufgabe ist schwieriger geworden. Deshalb sind gut greifende politische Instrumente der Familienförderung notwendig geworden.

GNADE ODER GERECHTIGKEIT?

So traditionell Adolph Kolping in Sachen Familie argumentiert, so harsch und bitter, beinahe klassenkämpferisch fällt seine Kritik an den ökonomischen Verhältnissen aus. „Wenn die Herren Krieg führen“, schreibt er 1865, „müssen die Untertanen bluten.“ Der gewaltige Druck auf Preise und Löhne gehe auf Kosten der „arme[n] Fabrikarbeiter“. Gleichwohl rang er sich erst spät zu einem vorsichtigen Plädoyer für eine Sozialgesetzgebung durch. Wo der Arbeiter alle Rechte verloren habe, sei es „eine unbestreitbare Wahrheit, dass soziale Fragen nicht bloß in Gnade und Barmherzigkeit, sondern nur in Gerechtigkeit und Barmherzigkeit gelöst werden“.

Dabei ist Kolping weniger ein politisch als vielmehr ein durch und durch pastoral denkender Mensch. Ihn treibt um, wie die neue Wirtschaftsordnung den Menschen innerlich und die Beziehungen zwischen den Menschen verändert: Er sah, wie die Menschen, die ohnehin schon in sich auflösenden Strukturen lebten, sich durch das Geld weiter entfremdeten. Außer

Geld sei man „dem anderen nichts mehr schuldig“. Die persönlichen Bindungen durch „Sorge, Zuneigung und Liebe“ gingen verloren.

Dieses Urteil scheint prophetisch, jedenfalls zieht es sich von der katholischen Sozialverkündigung bis hin zur Enzyklika *Caritas in veritate* von Papst Benedikt XVI. durch, die als eine christlich begründete Antwort auf die Finanz- und Bankenkrise gelesen werden kann. Ihr Gegenentwurf ist die „Kultur des Schenkens und der Unentgeltlichkeit“, also eine Kultur, in der nicht nur in „Mark und Pfennig“ Leistung gegen Leistung abgegolten wird, sondern in der zuerst Menschen in ihrer Not wahrgenommen werden und ihnen mit Großzügigkeit begegnet wird. Das ist ganz und gar im Sinne Kolpings, den die Not des Proletariats sein ganzes Leben lang antrieb.

Windthorst hat oft darüber geklagt, die soziale Frage wegen des Kulturkampfes vernachlässigen zu müssen. Sie sei zwar „furchtbar wichtig“, die wichtigste Frage des Jahrhunderts, aber die Zeit sei eben noch nicht reif. Der Kampf um die Freiheit der Kirche habe oberste Priorität. Doch im Jahr 1890, bereits hochbetagt, bewirkt er mit der Gründung des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ eine entscheidende Weichenstellung: Der neue Verein wird nach seinem Willen kein anti-protestantischer Bund, sondern im Kern eine Bildungsbewegung, deren Aufgabe in der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus und in der Entwicklung christlich-sozialer Gegenentwürfe liegt. Auch hier hatte Windthorst das praktische Leben im Blick.

Auch heute ist es die Aufgabe der katholischen Christen und mithin ihrer leitenden Theorie, der Katholischen Soziallehre, einen spezifisch christlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung zu leisten. Kolping sagt völlig zu Recht, es gehe nicht allein um „Gnade und Mitleid“, sondern um „Gerechtigkeit“. Wir bezeichnen dies heute oft als Chancengerechtigkeit. Windthorst meinte vermutlich etwas ganz Ähnliches, als er sagte: „Ich will eben das gleiche Recht für alle.“ Das wird umso eher gelingen, je konkreter die Anregungen ausfallen und je deutlicher sie christlich akzentuiert sind. Mit der Verkündigung hehrer Sozialprinzipien ist es nicht getan; möglicherweise ist sogar die Zeit der großen Sozialzyklen vorbei. Vielmehr geht es darum, die Sozialprinzipien in die Lebenswirklichkeit zu übersetzen. Themen gibt es genug: von der Verlängerung der Lebensarbeitszeit über das Betreuungs- und Erziehungsgeld bis zur „Mütterrente“ und zum Mindestlohn. Hier sind praktische Handlungsanweisungen gefragt.

KEINE SEIFENBLASEN

Nahe bei den Menschen zu sein, die Solidarität nötig haben – das ist das zentrale Vermächtnis Adolph Kolpings. Man darf sich vorstellen, dass sein Auftreten zu seiner Zeit ähnlich furios und ermutigend war wie das des gegenwärtigen Papstes Franziskus. Beide machen deutlich, dass die sozialen Fragen

ohne echte Empathie mit den Schwächeren der Gesellschaft nicht zu lösen sind. Zugleich haben sie den Mut zu unbequemen Wahrheiten. So sagte der Papst auf seiner ersten Reise nach Lampedusa, unsere Wohlstandskultur führe dazu, „dass wir nur an uns selbst denken, sie macht uns gefühllos dem Aufschrei der anderen gegenüber, lässt uns in schönen Seifenblasen leben“. Das könnten Worte Adolph Kolpings sein.

Der zweite Pol christlich-sozialen Engagements liegt in der Suche nach konkreten, durchsetzbaren Lösungen. „Leuchtturmprojekte“ wie Kolpings Gesellenvereine sind dabei von enormer Wichtigkeit, und es gibt sie auch heute noch. Ohne die Politik ist jedoch eine weitreichende Lösung sozialer Probleme auch nicht möglich. Ihr – und dem Staat insgesamt – stand Kolping fremd gegenüber, vom Staat erwartete er keine echte Verbesserung der Verhältnisse – und konnte sie wohl auch nicht erwarten. Kolping starb schon 1865. Da stand Ludwig Windthorst noch vor seiner Karriere in der Reichspolitik. Dieser, der das Bismarck'sche Reich aus tiefem Herzen ablehnte, sah sich als Politiker trotzdem in der Verantwortung. Abstinenzpolitik, sagte er einmal, dürfe es nicht geben. Sie sei Feigheit oder Dummheit.

Die Gesellschaft ist heute um einige Schritte weiter. Sie darf ihren Staat tatsächlich als den ihren verstehen. Das bedeutet allerdings auch, dass er vom politischen Engagement möglichst vieler getragen sein muss. Die CDU muss im Sinne Windthorsts nicht nur für ihr Programm werben, sondern auch für die Politik an sich, für das politische Engagement als solches. Und sie sollte dabei auf Strategien Kolpings zurückgreifen, der wusste, wie junge Menschen „mitgenommen“, wie sie für eine gute Sache begeistert, wie sie in gemeinsame Aktionen eingebunden und für qualifiziertes Engagement befähigt werden können.